"Mit Russland ins Gespräch kommen"

Vor 60 Zuhörern: Pinneberger Friedensforscher stellt Studie zur Nato-Überlegenheit bei konventionellen Waffen vor

Hans-Joachim Kölln

as bewegt die Öffentlichkeit in Sachen Friedenssicherung? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Diskussion im großen Saal des Pinneberger Rathauses mit etwa 60 Zuhörern. Anlass war ein Vortrag des Pinneberger Friedensforschers Prof. Dr. Herbert Wulf, der eine Studie zum Kräfteverhältnis zwischen der Nato und Russland vorstellte. Eingeladen hatten die Pinneberger Initiative 8. Mai und das Friedensnetzwerk Kreis Pinneberg.

Die Studie "Wann ist ge-nug genug?" wurde von Greenpeace in Auftrag gegeben und von Wulf und Christopher Steinmetz erarbeitet. Sie zeichnet ein Bild der – so das Ergebnis - eindeutigen Überlegenheit der Nato gegenüber Russland im Bereich der konventionellen Waffen. Was sie nicht zeigen kann, und dies machte Wulf seiner Präsentation deutlich, ist eine Betrachtung dessen, wie es wirklich um die Sicherheit des Friedens in Europa bestellt ist.

Technik Russlands hinkt hinterher

Die reine Auflistung von Zahlen bedürfe aber trotzdem einer Erklärung, um eine Aussagekraft zu bekommen, erklärte Wulf. So sei etwa bei einem zahlenmäßigen Vergleich von großen Waffensystemen zu beachten, dass die Technik Russlands um zehn Jahre der der Nato hinterherhinke oder dass zum Teil 50 Jahre alte, reaktivierte Geräte in die Zahl der russischen Panzer einfließen. Zum Thema der atomaren Bewaffnung bemerkte Wulf, dass es derzeit kaum eine Kontrolle gebe, aber diese Waffen ausschließlich der Abschreckung dienen könnten. Allen Seiten sollte bewusst sein,



Der Pinneberger Friedensforscher Prof. Dr. Herbert Wulf hat die Studie "Wann ist genug genug?" erarbeitet.

Foto: René Erdbrügger

dass ein Einsatz zwangsläufig zum "großen Knall" führen würde.

Einen besonderen Wert legte Wulf darauf, dass aus seiner Sicht weder die Kopplung der Verteidigungsausgaben mit dem Bruttoinlandsprodukt sinnvoll sei, noch die Vorfestlegung einer Höhe von Verteidigungsausgaben. Vielmehr solle der tatsächliche Bedarf für die Verteidigung die Berechnungsgröße sein. Und die aktuelle Forderung der USA an die Europäer, mehr Geld für die Rüstung auszugeben, diene schlicht dazu, die US-Rüstungsindustrie zu stär-

Der Verteidigungshaushalt der Nato in Europa blähe sich schon allein deshalb auf, weil jedes europäisches

Land auf eigenen Spezifikationen, etwa für Munition oder Waffensysteme, bestehe, ebenfalls im Interesse der jeweils eigenen Rüstungsfirmen. Daher sei die Diskussion um mehr Geld schon fast kontraproduktiv. "Nur wenn man ihnen es entzieht, werden sie vernünftig mit diesem Geld umgehen", so die Schlussfolgerung Wulfs.

Was die Studie ebenfalls nicht beleuchten konnte, so Wulf, seien die Einflüsse von Drittstaaten wie China, Indien, Iran oder Nordkorea, die aber natürlich, wie es gerade der Einsatz nordkoreanischer Soldaten in der Ukraine gezeigt hat, den Kräftevergleich beeinflussen könnten.

Eine Nachfrage zur Position der USA, insbesondere zu den erschreckenden Äußerungen von Präsident Donald Trump zum Gaza-Streifen, zu Gebietsabtretungen in der Ukraine, zu Grönland, zu Panama oder gar zu Kanada als 51. Bundesstaat der USA, beantwortete Wulf kurz: "Trump ist ein Egomane". Mit seinen narzisstischen Äußerungen, so Wulf

weiter, betreibe Trump in den USA eine innenpolitische Chaospolitik, außenpolitisch wohl auch in der Absicht, die Position seines Landes in der Weltordnung, vor allem gegen China, zu behaupten. "Ja, die USA sind unsere Verbündeten, aber ich bin sicher, dass sie eine andere Politik machen werden, als wir sie in den letzten 20, 30 Jahren gekannt haben", fasste Wulf den Punkt zusammen.

Studie hinterfragt vorherrschende Meinung

In der Greenpeace-Studie ginge es vor allem darum, die derzeit vorherrschende Meinung, die Nato in Europa sei "blank", also de facto nicht verteidigungsfähig, im direkten Vergleich zu hinterfragen. Das Ergebnis zeige die militärische Überlegenheit der Nato – auch ohne die USA – und relativiere damit den Ruf nach noch mehr Militärausgaben. Wulfs Schlussappell daher an die Politik: "Leute beruhigt euch. Seid euch der Überlegenheit der Nato bewusst und versucht, mit dem Aggressor Russland darüber ins Gespräch zu kommen."

